

Europa 30+ 4. Mai 2022, 16:30 bis 17:15

mit Philippe Sutter, Botschaftsrat für Kultur, Bildung und Hochschulwesen an der französischen Botschaft in Wien und Direktor des französischen Kulturinstituts

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de>

Im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung stand Philippe Sutter für Fragen zur französischen EU-Ratspräsidentschaft zur Verfügung.

Französischer EU-Ratsvorsitz „Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“

(Text Vortrag)

Die französische EU-Ratspräsidentschaft, die unter dem Motto „Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“ organisiert wurde, sieht sich seit dem am 24. Februar begonnenen russischen Angriff auf die Ukraine mit dem Ausbruch eines schweren und mörderischen Konfliktes auf dem europäischen Kontinent konfrontiert. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es für die Europäische Union von großer Dringlichkeit ist, an Stärke zu gewinnen, um ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen und ihre Werte und Interessen in ihrer näheren und fernerer Umgebung zu verteidigen. Außerdem bestätigt sich in diesem Zusammenhang die Relevanz des roten Fadens, der sich durch diese 13. französische EU-Ratspräsidentschaft hindurchziehen soll: die Stärkung der europäischen Souveränität in sämtlichen Bereichen.

Somit war Frankreich im Zuge seiner Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union an zwei Fronten tätig:

Antwort auf den russischen Angriff

An der Seite der beiden anderen Institutionen, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, setzte sich die französische Ratspräsidentschaft für eine schnelle, gemeinsame und entschlossene Antwort auf den russischen Angriff ein. Die Europäische Union:

- verhängte eine Reihe beispielloser Sanktionen gegen Russland, mit vier Maßnahmenpaketen, die gegen russische Verantwortliche und ihre Fähigkeit zur Finanzierung des Konfliktes gerichtet sind,
- ergriff in Ergänzung zum Engagement der Mitgliedstaaten Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Ukraine sowie der ukrainischen Bevölkerung, etwa durch eine militärische Unterstützung, die Aktivierung des vorübergehenden Schutzes für Flüchtlinge, eine direkte und indirekte finanzielle Unterstützung für die Ukraine und die Synchronisierung des ukrainischen Stromnetzes mit dem Europäischen,

- leitete auf dem Gipfeltreffen von Versailles am 10. und 11. März 2022 die Arbeit an Sofortmaßnahmen zur schnelleren Verringerung der europäischen Abhängigkeiten insbesondere im Energiebereich ein; diese Abhängigkeiten sind in einigen Mitgliedstaaten sehr ausgeprägt und stellen eine fortbestehende Schwachstelle für die gesamte Europäische Union dar. Im Mai wird die Kommission konkrete Vorschläge zur Reduzierung dieser Energieabhängigkeit um zwei Drittel bis Ende des Jahres vorstellen, wodurch der Druck auf Russland noch weiter verstärkt werden kann,
- unternahm Bemühungen zum Abbau des Nachholbedarfs bei Investitionen im Verteidigungsbereich, um die maßgeblichen Entscheidungen, die in mehreren Mitgliedstaaten diesbezüglich getroffen worden sind, in der gesamten Union umzusetzen und die europäischen Verteidigungskapazitäten sowie die industrielle Basis in Europa zu stärken.

Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft

Trotz des Krieges in der Ukraine, der einen erheblichen Einfluss auf das Programm der französischen EU-Ratspräsidentschaft hatte, schaffte es die französische Ratspräsidentschaft, ihren Kurs beizubehalten und die Arbeit an den ursprünglich festgelegten Prioritäten fortzuführen, die alle zum Ziel haben, den Zusammenhalt der Europäischen Union und deren Handlungsfähigkeit zu stärken.

Insbesondere in drei Bereichen konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden, die in der zweiten Hälfte der Ratspräsidentschaft weiter vorangetrieben werden sollen:

2

- Zunächst wurden mehrere bedeutende Rechtsvorschriften verabschiedet, deren Ziel darin besteht, eine bessere Wahrung der Interessen der Europäischen Union in den Bereichen Handel, Klima und Digitalisierung zu gewährleisten.
- So wurde im Handelsbereich am 14. März 2022 nach zehnjährigen Verhandlungen eine umfassende Einigung über das Rechtsinstrument zur Gegenseitigkeit beim Zugang zu Märkten für die Vergabe öffentlicher Aufträge erzielt: Dieses wird dabei helfen, faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen zu gewährleisten und ihnen auf internationaler Ebene Möglichkeiten zu eröffnen.
- Im selben Sinne plädierte Frankreich auch dafür, dass importierte Waren die europäischen Standards in den Bereichen Landwirtschaft und Umweltschutz einhalten müssen.
- Im Hinblick auf den ökologischen Wandel wurde am 15. März 2022 ein politisches Einvernehmen über das CO₂-Grenzausgleichssystem erzielt: Dadurch, dass dieser Mechanismus faire Spielregeln für alle Unternehmen gewährleistet, die im Binnenmarkt Handel treiben, wird er die Nicht-EU-Länder dazu veranlassen, eine ehrgeizigere Klimapolitik zu betreiben, und sicherstellen, dass wir unsere Fabriken und unsere Arbeitsplätze nicht an Länder mit hohen CO₂-Emissionen verlieren. Dies ist weltweit einmalig und beispiellos und stellt einen wesentlichen Bestandteil des Maßnahmenpakets „Fit for 55“ dar, dessen Ziel darin besteht, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % im Vergleich zum Stand von 1990 zu reduzieren.
- Darüber hinaus wurde durch eine Einigung im Rat der Europäischen Union vom 17. März der Aufbau einer europäischen Batterieproduktion beschlossen, wodurch die

Kreislaufwirtschaft, die technologische Kompetenz und die Reindustrialisierung der Europäischen Union gefördert werden sollen.

- Im digitalen Bereich wurde am 24. März 2022 eine umfassende Einigung über die Rechtsetzung zu digitalen Märkten (den „Digital Markets Act“) erzielt: Hierbei handelt es sich um den weltweit ersten ordnungspolitischen Rahmen zur Regulierung dieser Märkte, der den unlauteren Praktiken einiger Internetkonzerne, die ihre eigenen Regeln aufstellen, ein Ende bereiten wird.
- Die französische EU-Ratspräsidentschaft wird außerdem ihre Bemühungen hinsichtlich der zweiten großen Rechtsetzungsinitiative zu digitalen Diensten (den „Digital Services Act“) fortsetzen, die sicherstellen soll, dass große Online-Plattformen verstärkt für die von ihnen verbreiteten Inhalte zur Rechenschaft gezogen werden können. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass dies nicht nur in handelspolitischer, sondern auch in demokratischer und strategischer Hinsicht eine Notwendigkeit ist.
- Darüber hinaus setzte die französische EU-Ratspräsidentschaft im Hinblick auf den Zusammenhalt und die Werte der Europäischen Union alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit ein. Dementsprechend leitete sie eine Diskussion über die Stärkung dieser Instrumente ein, unter anderem zur inzwischen in Kraft getretenen Verordnung über die Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit. Diese ermöglicht es, bei Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, die die wirtschaftliche Führung des Haushalts der Union beeinträchtigen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.
- Die französische EU-Ratspräsidentschaft leitete zudem die Änderung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien ein, die insbesondere eine Finanzierung europäischer politischer Parteien durch Drittstaaten verbieten wird.
- Auch im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter wurde ein großer Durchbruch erzielt, als der Rat am 14. März den seit zehn Jahren blockierten Vorschlag für eine Richtlinie über eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen billigte.
- Schließlich wurde am 24. Februar im Rat eine Einigung über die Aktualisierung der Richtlinie im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller Informationen durch Unternehmen erzielt, die Europa zu einem Vorreiter bei der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Risiken durch die Unternehmen machen wird. Im Bereich des Grenzschutzes sorgt die Einrichtung eines „Schengen-Rates“ für eine bessere Kohärenz der von den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union in den Bereichen Asyl und Migration getroffenen Entscheidungen.
- Was schließlich die Zukunft der Europäischen Union anbelangt, wurden bei der Arbeit zur Konferenz zur Zukunft Europas Fortschritte erzielt, wodurch am 9. Mai 2022 ein Abschlussbericht übergeben werden kann, der die Vorschläge der Europäischen Bürgerforen aufgreift.

In diese Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Union muss auch das Erfordernis eines souveränen Europas einfließen, das als geopolitischer Akteur auftritt. Das ist das Bestreben der Leitlinien des Strategischen Kompasses – einer Art Weißbuch für die europäische Verteidigung und Sicherheit, das im Rahmen des Europäischen Rates am 24. und 25. März 2022 angenommen wurde.

Ein souveränes Europa setzt insbesondere voraus, dass es in den wichtigen geografischen Gebieten, von denen ein großer Teil seiner Sicherheit und seines Wohlstands abhängt, seine Rolle zur Gänze wahrnimmt. Vor diesem Hintergrund wurde am 22. Februar 2022 das erste Forum zwischen der Europäischen Union und den Ländern des indopazifischen Raums abgehalten, um die Politik der Europäischen Union in dieser Region zu strukturieren. Außerdem fand am 17. Februar 2022 das große internationale Gipfeltreffen der französischen Ratspräsidentschaft zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Afrikanischen Union statt. Dabei wurde die beispiellose Partnerschaft ebenso wie das Bestreben bekräftigt, sie insbesondere durch die Aufwendung eines Investitionspakets in Höhe von 150 Milliarden Euro zu erneuern. Dieses soll dazu dienen, die Diversifikation der inklusiven, nachhaltigen Volkswirtschaften zum einen und die Stabilität sowie Souveränität jeweils beider Kontinente zum anderen zu stärken.

Europa muss in der Lage dazu sein, diese Souveränität auch in umstrittenen gemeinsamen strategischen Räumen zu wahren. In diesem Sinn wurden mehrere Initiativen ins Leben gerufen, wie beispielsweise die Ausarbeitung einer Weltraumstrategie für die europäische Sicherheit und Verteidigung, die Bestätigung der Ausweitung der koordinierten Seepräsenz im Nordwesten des Indischen Ozeans oder auch die Aktualisierung der EU-Strategie für maritime Sicherheit.

Die kommenden drei Monate werden für die französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union Gelegenheit sein, die Umsetzung der Prioritäten weiter voranzutreiben.

Veranstaltungen: <https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen>